Mitteldeutsche Justizministerinnenkonferenz 2025



Die Freistaaten Sachsen und Thüringen und das Land Sachsen-Anhalt verbindet eine geografische, historische und kulturelle Zusammengehörigkeit. Die Länder sind enge und natürliche Partner, die sowohl ihre Erfahrungen im Zuge der Wiedervereinigung als auch ihre gemeinsamen Herausforderungen mit Blick auf die Zukunft regional teilen. Vor diesem Hintergrund möchten die Justizministerien der drei mitteldeutschen Länder zukünftig noch enger für die Menschen, den Rechtsstaat und die Sicherheit in Mitteldeutschland zusammenarbeiten. Die Justizministerinnen erklären daher Folgendes:

I. Asylverfahren: Gerichte weiter stärken und Entscheidungen konsequent umsetzen

- 2 Die Justizministerinnen begrüßen den durch die neue Bundesregierung eingeleiteten
- 3 Richtungswechsel in der Migrationspolitik. Sie sind sich einig, dass die
- 4 Verwaltungsgerichtsbarkeit im Bereich der Asylverfahren weiterhin nachhaltig gestärkt
- 5 werden muss. Alle drei Länder haben bereits vielfältige wirksame Maßnahmen zur
- 6 Beschleunigung und Entlastung eingeleitet darunter zusätzliche Richterstellen,
- 7 Personalverstärkung aus anderen Gerichtsbarkeiten, Unterstützung durch das BAMF sowie
- 8 Digitalisierungs- und Organisationsprojekte. Ziel ist die Gewährung einer zügigen,
- 9 rechtssicheren und verlässlichen Bearbeitung der stark gestiegenen Asylverfahren. Dies gilt
- 10 auch für die (Eil-)Entscheidungen der Amts- und Landgerichten in Abschiebungsverfahren.
- 11 Dabei sollen andere Bedarfsbereiche nicht vernachlässigt werden. Die Bürger dürfen
- 12 erwarten, dass jedes Rechtsgebiet zügig und qualitativ hochwertig bearbeitet wird.
- 13 Sie regen an, dass auf Bundesebene eine einheitliche Erkenntnismitteldatenbank für die
- 14 gerichtlichen Asylverfahren eingeführt wird, die sämtlichen Verwaltungsgerichten zur
- 15 Verfügung steht.
- 16 Sie erachten es für sinnvoll, dass das Bundesministerium der Justiz und für
- 17 Verbraucherschutz sich weiterhin bei der Umsetzung der europäischen Reformen des
- 18 Verfahrensrechts für die Interessen und Belange der Verwaltungsgerichtsbarkeit einsetzt.







Mitteldeutsche Justizministerinnenkonferenz 2025

- 19 Die Ministerinnen sind sich darüber hinaus einig, dass auch die Durchsetzung von
- 20 gerichtlichen Entscheidungen und die damit verbundenen Rückkehrverfahren gegenüber
- 21 ausreisepflichtigen Personen für das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats
- 22 unabdingbar sind. Die Menschen in Mitteldeutschland erwarten zu Recht, dass
- 23 insbesondere ausreisepflichtige Personen, die schwere Straftaten begangen haben oder ein
- 24 erhebliches Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellen, effektiv und konsequent in ihre
- 25 Herkunftsstaaten zurückgeführt werden.

II. Erfolgreiche Kooperation im Justizvollzug – Sicherheitspartnerschaft weiter stärken

- 27 Bereits seit dem Jahr 2004 arbeiten die Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie das Land
- 28 Sachsen-Anhalt im Justizvollzug im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft "Initiative
- 29 Mitteldeutschland" eng und vertrauensvoll zusammen. Diese Partnerschaft hat sich als
- 30 tragfähige Grundlage für eine sichere, verlässliche und professionell abgestimmte
- 31 Vollzugspraxis bewährt. Neben einem kontinuierlichen Informationsaustausch werden
- 32 regelmäßig gemeinsame Übungen, Fortbildungen und Einsätze durchgeführt etwa bei
- 33 besonderen Sicherheitslagen, Revisionseinsätzen oder bei der Verlegung besonders
- 34 gefährlicher Gefangener.
- 35 Die mitteldeutschen Justizministerinnen haben den hohen Wert dieser bewährten
- 36 Kooperation unterstrichen. Sie ist ein Beispiel für gelebte und erfolgreiche
- 37 länderübergreifende Zusammenarbeit, von der alle drei Länder gleichermaßen profitieren.
- 38 Die Justizvollzugsbediensteten in Mitteldeutschland tauschen regelmäßig Erfahrungen aus,
- 39 unterstützen sich gegenseitig und tragen so maßgeblich zur Aufrechterhaltung von
- 40 Sicherheit und Ordnung im Justizvollzug bei.
- 41 Die Justizministerinnen sind sich einig, dass die Sicherheitspartnerschaft "Initiative
- 42 Mitteldeutschland" weiter gestärkt und vertieft werden soll. Beabsichtigt ist eine
- 43 Ausweitung der Partnerschaft auf den Jugendvollzug und ein intensiverer Austausch der
- 44 Partnerländer, um auch gegen neue Bedrohungen des Justizvollzuges wie beispielsweise
- 45 psychoaktive Substanzen oder Drohnenangriffe gewappnet zu sein.
- 46 Zugleich würdigten die Justizministerinnen die engagierte Arbeit aller Bediensteten im
- 47 Justizvollzug in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ihr täglicher Einsatz für Sicherheit,
- 48 Ordnung und Resozialisierung stellt einen unverzichtbaren Beitrag für das Funktionieren des
- 49 Rechtsstaats und die Sicherheit in Mitteldeutschland dar.

III. Verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Ausbildung des juristischen Nachwuchses

- 51 Die Ministerinnen haben sich über die aktuelle Situation der Ausbildung im Rahmen des
- 52 juristischen Vorbereitungsdienstes ausgetauscht. Sie betonen die Bedeutung einer
- 53 modernen, praxisorientierten und qualitativ hochwertigen Ausbildung der
- Rechtsreferendare für die Gewinnung und Sicherung des juristischen Nachwuchses.







Mitteldeutsche Justizministerinnenkonferenz 2025

- 55 Ziel ist es, durch eine verstärkte Kooperation der Landesjustizprüfungsämter Synergien zu
- 56 nutzen, Qualitätsstandards zu sichern und weiterzuentwickeln sowie eine zeitgemäße und
- 57 ansprechende Gestaltung der praktischen Ausbildung zu fördern, um qualifizierten
- 58 juristischen Nachwuchs langfristig zu sichern.
- 59 Im Mittelpunkt dieser Zusammenarbeit stehen die gemeinsame Erstellung und der
- 60 Austausch von Unterrichts- und Übungsmaterialien, Konzepten, Informationsunterlagen für
- 61 Leiter von Arbeitsgemeinschaften sowie begleitenden Materialien.
- 62 Die Ministerinnen heben hervor, dass die Digitalisierung, Modernisierung und
- 63 Professionalisierung der Ausbildung im juristischen Vorbereitungsdienst länderübergreifend
- 64 weiter vorangetrieben werden soll. Hierzu wird ein engerer fachlicher Austausch eingeleitet.

IV. Strafverfolgung effektiv stärken - das Cannabisgesetz auf dem Prüfstand

- 66 Die Justizministerinnen sind der Auffassung, dass sich die mit der Teillegalisierung von
- 67 Cannabis verbundenen Erwartungen nicht erfüllt haben. Sie sprechen sich für eine
- 68 grundlegende Überarbeitung des Cannabisgesetzes aus. Diese Überarbeitung sollte
- 69 mindestens in Form einer Verschärfung zeitnah erfolgen: je länger das Cannabisgesetz in
- 70 der jetzigen Form gilt, umso größer wird der Schaden für die Gesellschaft sein. So bedarf es
- 71 vor allem einer Erhöhung der Strafrahmen bei gewerbsmäßigem Handel und unerlaubter
- 72 Einfuhr von Cannabis sowie einer Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse.
- 73 Die Justizministerinnen der Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie des Landes Sachsen-
- 74 Anhalt haben sich über die bisherigen Erfahrungen mit dem seit 2024 geltenden Gesetz
- ausgetauscht. Sie sind sich einig, dass es weder gelungen ist, den illegalen Handel und den
- 76 Schwarzmarkt einzudämmen, noch Fortschritte bei der Bekämpfung der Organisierten
- 77 Kriminalität zu erzielen. Zudem müssen auch Aspekte des Kinder- und Jugendschutzes
- 78 wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden.
- 79 Die Ministerinnen sind der Überzeugung, dass die geltende Rechtslage zu erheblichen
- 80 Vollzugsdefiziten geführt hat und die Strafverfolgungsbehörden durch fehlende oder
- 81 eingeschränkte Ermittlungsbefugnisse (§§ 100b, 100g StPO) in ihrer Arbeit wesentlich
- 82 behindert werden. Die Ministerinnen halten es daher für zwingend erforderlich, dass der
- 83 Bund die Strafprozessordnung zügig anpasst und verschärft, um wieder eine wirksame
- 84 Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu gewährleisten.

V. Umgang mit Trans-Personen im Strafvollzug: Selbstbestimmung unterstützen, Missbrauch verhindern

- 87 Die Justizministerinnen haben sich über die Auswirkungen des 2024 in Kraft getretenen
- 88 Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) auf den Justizvollzug verständigt und festgestellt, dass







Mitteldeutsche Justizministerinnenkonferenz 2025

- 89 die erleichterte Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister zu
- 90 erheblichen Herausforderungen für den Justizvollzug führt.
- 91 Aus Sicht der Justizministerinnen besteht die Möglichkeit, das SBGG in missbräuchlicher
- 92 Absicht anzuwenden, wodurch bei der Strafvollstreckung und im Justizvollzug Konflikte
- 93 hervorgerufen werden können. Für die mitteldeutschen Justizministerinnen haben die
- 94 Sicherheit und Ordnung der Justizvollzugsanstalten sowie der Schutz aller Gefangenen
- 95 immer Priorität.
- 96 Sie halten es daher für erforderlich, dass das SBGG unter Berücksichtigung der Interessen
- 97 des Justizvollzugs, der Strafverfolgungsbehörden und der Rechte der betroffenen Personen
- 98 überarbeitet wird.
- 99 Aus Sicht der Justizministerinnen muss eine Reform des SBGG insbesondere rechtliche
- 100 Rahmenbedingungen schaffen, die den Standesämtern bei Anhaltspunkten für eine
- 101 rechtsmissbräuchliche Anwendung ausdrücklich eine entsprechende Prüfung ermöglichen.
- 102 Die drei mitteldeutschen Länder beabsichtigen eine dahingehende gemeinsame
- 103 Reforminitiative.
- 104 Die Ministerinnen betonen übereinstimmend, dass die Entscheidung über die
- 105 Unterbringung transsexueller Gefangener stets eine sorgfältige Einzelfallprüfung erfordert,
- 106 die sowohl die Persönlichkeitsrechte und Bedürfnisse der betroffenen Person als auch die
- 107 Sicherheits- und Ordnungsinteressen der Anstalt, der übrigen Gefangenen und
- 108 Bediensteten berücksichtigt.
- 109 Dies dient nicht nur der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Vollzug, sondern
- 110 auch dem Schutz weiblicher Gefangener, insbesondere vor sexualisierter Gewalt. Aus
- 111 diesen Gründen hat grundsätzlich kein Gefangener allein aufgrund einer Änderung des
- 112 Geschlechtseintrages nach dem SBGG einen Anspruch auf eine bestimmte Form der
- 113 Unterbringung im Justizvollzug.
- 114 Die Ministerinnen werden die Vollzugspraxis weiterhin eng begleiten und prüfen, ob eine
- 115 Harmonisierung der Trennungsgrundsätze in den drei Ländern erforderlich ist, um
- 116 einheitliche und rechtssichere Standards für einen sicheren länderübergreifenden
- 117 Justizvollzug zu gewährleisten.







